



Der Wengianer

PATRIA · AMICITIA · SCIENTIA

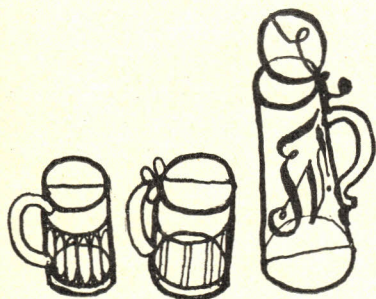
VEREINS-ORGAN DER WENGIA SOLOTHURN

Redaktion: M. SELZ, Chef-Red. - CH. BRANDENBERGER, 1. Sub-Red. - R. MEYER, 2. Sub-Red.

Adressänderungen bitte an den CR! — Vertreter der Alt-Wengia: HEINZ LÜTHY.

Postcheck-Konti: Alt-Wengia Nr. 45 - 227 — Aktiv-Wengia Nr. 45 - 947, Solothurn

Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr — Für die Mitglieder der «Alt-Wengia» gratis.



O BURSCHEN-

HERRLICHKEIT

Dem Verdienste seine Krone

Am Silvester verliess Erziehungsdirektor Dr. Urs Dietschi sein Amtszimmer im Rathaus, wo schon vor ihm eine ganze Reihe glänzender Männer ihres Amtes gewaltet hatten. Während beinahe dreissig Jahren stellte er als Regierungsrat alle seine Kräfte in den Dienst des von ihm so geliebten Solothurnervolkes. Mit folgenden Worten von Plato verabschiedete er sich in der Novembersession 1966 vom Kantonsrat: «Der Mensch ist nicht für sich geschaffen, sondern zugleich für sein Vaterland und für seine Mitmenschen».

Im Hause seiner Eltern wuchs er in einer traditionsbewussten Atmosphäre auf. Seine politische Leidenschaft und den Sinn für die Allgemeinheit, aber auch die Reinheit und Vornehmheit seiner

Intentionen erbte er wohl von seinem Vater, der Stadttammann von Olten und Solothurner Ständerat war. Schon mit sechsunddreissig Jahren trat er als junger Jurist das Amt eines solothurnischen Regierungsrates an. Zunächst wurde ihm das Volkswirtschafts-, das Sanitäts- und das Kultus-Departement zugeteilt. In der Krisen- und Kriegszeit hatte er wirtschaftliche Entscheide von grosser Tragweite zu treffen. Nicht weniger beschäftigten ihn aber die Fragen des Ausbaues der kantonalen Krankenanstalten und der Friede um die Krankenversicherung. Im Jahre 1952 übernahm er anstelle des Volkswirtschafts- das Erziehungsdepartement. In diesem Amt kam er natürlich viel mit zum Teil ganz verschiedenen Leuten in Kontakt, seien es Eltern oder Lehrer; alle jedoch traten ihm, dem Manne von vornehmer Anstand und Takt, mit Vertrauen entgegen. Für die Öffentlichkeit unangenehme Dinge trug er stets mit rücksichtsvoller Diplomatie vor, die aber doch dann und wann eine etwas pointiertere Deutlichkeit vertragen hätte.

Auch im neuen Departement erwarteten ihn bald dringliche Aufgaben, so der Ausbau der Volksschuloberstufe und der Mittelschule. Auch regionale Wünsche überhörte er nicht, so wurde z.B. in Laufen das Progymnasium errichtet, an der Handelsschule Maturaklassen eingerichtet und die untern Klassen der Realschule an die Bezirksschule überwiesen. Erwähnt sei auch die Förderung der Heilpädagogik mit der Einführung der Hilfsschulen und dem Bau des Arbeitslehrerinnenseminars. Auch wurde die Seminarreform unter seiner Führung in Angriff genommen. Ebenso geschickt meisterte er das Problem des Lehrermangels und das der mangelnden Sesshaftigkeit des Lehrpersonal auf allen Stufen unseres öffentlichen Schulwesens. Mit dem Ausbau des gesamten Schulwesens hat er die Form einer neuzeitlichen Volksbildung erreicht und damit der Jugend neue Wege erschliessen helfen. Weitere fruchtbare Entwicklungen, wie z.B. die Revision des Schulgesetzes, hat er eingeleitet, ebenso hat er ein gutes Lehrerbesoldungsgesetz unter Dach gebracht.

Auf dem Departement herrschte stets eine vertrauliche Freimütigkeit, und wäre es anders gewesen – die Kritik hätte sicher nicht auf sich warten lassen. Auch durften wir immer wieder feststellen, dass sein Denken mehr dem kulturellen Leben als dem materiellen Streben galt. Alle Widerwärtigkeiten, die sich dem Träger öffentlicher Gewalt nun einmal in den Weg stellen, besiegte er mit seiner humanistischen Wesensart. – Bildung war ihm ein unentreibbarer Besitz. Die Wertung wird nach den Taten vorgenommen, und die sind sicher überaus zahlreich vorhanden.

Von 1943 bis 1959 vertrat Dr. Urs Dietschi den Kanton Solothurn im Nationalrat. Als Vorkämpfer sozialer und kultureller Angelegenheiten und des Natur- und Heimatschutzes bleibt er in guter Erinnerung.

Mit Silex kehrt eine ausgewogene Persönlichkeit von sympathischer Leutseligkeit ins Privatleben zurück, – doch hoffentlich nicht ganz, denn es ist noch nicht aller Tage Abend. Silex ist ein Mann, der nicht aufhört zu hoffen, auch wenn er anfängt von der Erinnerung zu leben. Dank seiner Begeisterungsfähigkeit, die ihn innerlich jung erhalten hat, wird er auch weiterhin sein Teil beitragen zu wichtigen Aufgaben in seinen Lieblingsgebieten.

Des Dankes der Oeffentlichkeit und seiner Mitarbeiter, sowie unserer guten Wünsche darf der zurückgetretene Regierungsrat gewiss sein.

Altherr Dr. Urs Dietschi v/o Silex ist zeitlebens zu den Grundsätzen der Wengia gestanden und hat tatkräftig mitgeholfen, sie in die Tat umzusetzen. Daher empfangen Silex auch von allen Wengianern den wohlverdienten Dank.

Ernst Gunzinger v/o Rosinli

Chronik der Alt-Wengia Genf

oder: Von der Diversifikation bei Alten Herren

«Diversifikation» heisst das Schlagwort unserer Industrie, im Gegensatz zu den freien akademischen Berufen, wo Spezialisierung vorherrscht. Der Alt-Wengia Genf gehören, dank Dr. René Baumgartner v/o Omega, wieder beide Richtungen an, doch sind die «Industriellen» in der Mehrheit, und daher kommt es wohl, dass im Genfer Hockbetrieb zur Zeit nach Herzenslust diversifiziert wird. (Wer nähere Angaben wünscht über den Begriff «Diversifikation» in der Industrie, der lese bei Friedrich Dürrenmatt nach: In seinem Roman «Griechen sucht Griechin» stellt der Grossindustrielle Petitpaysan Waffen und Geburtenzangen her. Das ist ein Musterbeispiel von Diversifikation).

Von den Privathöcken bei den Mitgliedern zuhause haben wir schon oft geschrieben. Und wenn in diesem Jahr bei Max Hegner v/o Röthel und Hans Knuchel v/o Schletz noch über vieles diskutiert wurde – ich erwähne als Themen höhere Mathematik, Philatelie, Politik, natürlich, Militärwesen, noch natürlicher, Schule, Kunst, etc – so änderte sich die Sache schon bei Omega zuhause. Nachdem auch dort die erwähnten Sujets gestreift worden waren, schlug der Hausherr vor, zu einer Stunde, da wir schon an Ab-

schied dachten, uns ein paar alte Chaplin-Filme zu zeigen. So erfreuten wir uns denn an Charlots ersten Stummfilmen, und später kam als Abschluss noch ein Röllchen Laurel und Hardy dazu.

Doch nicht genug der Diversifikation! Kegel schoben wir zwar schon oft, wie die treuen Leser dieser Rubrik wissen, doch dass der Schreibende kürzlich in den Verdacht einer anderen Schieberei geriet, ist neu. Gleich zu Anfang versagte an jenem Kegelabend der Münzautomat, und der Wirt brachte das Ding rasch in Ordnung. Etwas später, als ich eben meinen Franken eingeworfen hatte, streikte die Anlage von neuem. Wieder wurde der Wirt gerufen, er kam herbeigeprustet, nicht eben wirsch, öffnete ein Türchen und rief nach kurzer Inspektion: «Evidemment, wenn man einen Zwanziger einwirft!» Sofort verlangte man nun von mir, der ich die Geldstücke verwechselt hatte – versehentlich, darf ich wohl sagen! – unter grossem Gelächter für den nächsten Samichlausabend eine Selbst-Verschnitzelbankung. Da ich so etwas mit dem besten Willen nicht tun kann, nehme ich den Vorfall hiermit zum Anlass, die Schnitzelbank 1967 einem anderen aufzuhalsen!

Sollte je ein Besucher aus Wengianerkreisen den Genfer Stamm mit seiner Gegenwart zu adeln wünschen, so möge er vorsichtigerweise gleich eine Badehose mitbringen! Denn es könnte sein, dass eine Zusammenkunft ins Wasser fiele, wie die vom Mittwoch, den 1. März 1967 es tat: Sie fiel in die blauen Fluten des Olympia-Schwimmbeckens im neuen Genfer Hallenbad «Les Vernets». Ich weiss nicht, ob je ein Hock in der Geschichte unserer ehrwürdigen Verbindung auf solche Art ausgetragen wurde: Herumschwimmende (und nicht etwa im Suff hineingefallene!) Wengianerköpfe, die sich knapp über dem Wasserspiegel ange-regt unterhalten. Jedenfalls hätte die Schilderung solcher Altherrenfreuden die Diskussion in der «Solothurner Zeitung» über die Daseinsberechtigung von Studentenverbindungen in ungeahntem Masse belebt! Nach dem Schwimmen nahm die kleine Schar im Restaurant nebenan das Nachtessen ein, und dort wurde, statt Wasser, nun wieder Bier geschluckt.

Wir aber fragen uns: Wie weit mag unsere Diversifikation noch gehen? Vielleicht findet einer der nächsten Höcke im «Batta-clan» statt und der Chefredaktor verlangt von mir eine Bildreportage? Zwecks Anpassung des Vereinsorganes an den sogenannten allgemeinen Trend im Reich der Presseerzeugnisse . . . (Wenn der Leser nun wettet: Zuzutrauen wäre es ihnen schon! – dann bin ich ob der Wirkung meiner Chronik mehr als zufrieden)

Robert Daester v/o Flum

Die beiden folgenden Gedichte, von AH Robert Daester v/o Flum, möchte ich dem geneigten Leser als humoristische Leckerbissen zur Anregung des vielleicht noch etwas winter-verschlafenen Intellekts wärmstens empfehlen, besonders ihrer feinen und doch sehr rezenten ironisch-satirischen Würze wegen.

Vision

(Dem Erfinder der Sprühdose gewidmet)

Im Jahre zweitausend, im Märzen,
beschiessen Verleger, Ideen –
statt im Druck auf Papier sie zu schwärzen –
mit Sprühdosen (Sprays!) auszusäen.

Die einstigen Leser, jetzt «Sprüher» genannt,
verspritzen die Mittagsblatt-Dose
ins Hirn hinauf, beidseits der Nasenwand.
Welch gesegnete Metamorphose!

Und abends den spannenden Dosenroman!
Die Augen, nun arbeitslos, schauen
zum Kurzweil sich gleichzeitig Fernsehen an.
Der Mund isst zu Nacht und die Därme verdauen.

Es wird nun auch jedermann leicht ein Genie,
Sprüht Lehrmittel sich in den Schädel,
sprüht Mathematik und sprüht Philosophie
(und Deodorant, dort, wo's nicht ganz so edel)

So jagen sie Dose um Dose sich ein.
Welch sprühendes Volk, welche Hirne!
Nur Feuer und Flamme darf keiner mehr sein,
sonst zerknallt ihm das Gas in der Birne.

grosstadt

ich öffne leicht die tür, das tor,
das fenster oder oberlicht
und spüre, wie mein schnauferohr
das auspuffgas der strasse sticht.

die blumen welken am balkon.
die katze schleppt den rumpf par terre.
es fehlt uns allen an ozon,
doch wiegt der kopf mir allzu schwer

zu denken, wo es welches hat.
vielleicht, zermartre ich mein hirn,
in tiefer, grüner waldesstatt,
vielleicht im kühlen gletscherfirn?

ich möchte aus dem dunst entfliehn.
doch fällt mir der entschluss nicht leicht,
weil bleidampf aus dem gasolin
mir meine energie aufweicht.

ich schliesse fenster, tor und tür
und schaue, was im bildschirm rinnt,
und danke diesem schirm dafür,
dass er für mich jetzt weitersinnt.



INTRA MUROS

Das Bodenrecht

Anlässlich des Parteitages der «Sozialdemokratischen Partei der Schweiz» im Jahre 1962 wurde ein Entwurf für ein Volksbegehren gutgeheissen, das die Grundlagen für ein neues schweizerisches Bodenrecht schaffen soll. Der Wortlaut dieses Begehrens ist ungefähr der folgende:

1. Bund und Kantone treffen Massnahmen, die die ungerechte Steigerung der Grundstückspreise verhindern. Dadurch soll der Gesundheit, der Verhütung der Wohnungsnot, der Volkswirtschaft und der Landes-, Regional- und Ortsplanung gedient werden.
2. Um diesen Zweck zu erfüllen sollen Bund und Kantone das Recht haben, bei Grundstückkäufen zwischen Privatpersonen ein Vorkaufsrecht ausüben zu dürfen. Ebenso sollte die Enteignung von Grundstücken gegen angemessene Entschädigung erlaubt sein.

Dieses Begehren setzt sich sehr weit gesteckte Ziele. In erster Linie soll die Steigerung der Bodenpreise verhindert werden, die in den letzten Jahren in vielen Kreisen Bedenken und Sorgen her-

vorgerufen hatten. Weiter soll die Wohnungsnot verhindert werden, die besonders nach dem letzten Krieg als soziale Last auf unserem Lande ruhte und auch heute noch nicht ganz behoben ist. Als drittes wird die Förderung der Landes-, Regional- und Ortsplanung verlangt. Das sind Bestrebungen, die vor zwanzig Jahren von bürgerlichen Kreisen ins Leben gerufen wurden und seither mehr oder weniger gefördert werden. Die sozialdemokratische Partei hat davon erst in den letzten Jahren Kenntnis genommen.

Es handelt sich also um Ziele, die in allen Volkskreisen auf reges Interesse stossen und besonders in sozial niederen Kreisen eine gute Wahlpropaganda für die Nationalratswahlen von 1963 waren.

Welches sind eigentlich die Ursachen, die zur Preissteigerung in diesem Ausmasse führten?

Sicher sind sie mit mir einig, dass eine ganze Reihe von Faktoren dazu beigetragen haben, die entweder den Mangel an überbaubarem Boden verschärften oder die Nachfrage erhöhten.

In den Vordergrund stellen sich das rasende Wachstum unserer Wirtschaft sowie die explosionsartige Zunahme der Bevölkerung. Die Konzentration der Wirtschaftszweige und der Bevölkerung in den Städten und grösseren Ortschaften bewirkt, dass der Bodenmangel und die hohen Preise hier besonders ausgeprägt sind. Heute haben wir nun die sogenannte Flucht aufs Land. Diese wird besonders dadurch veranlasst, dass der Mensch mehr Ruhe benötigt, da er sonst den heutigen Anforderungen in seinem Beruf nicht mehr gewachsen ist. Ebenso durch die tieferen Preise, die auch einem Arbeiter einen Landkauf ermöglichen. Doch je stärker die Nachfrage, desto höher steigen auch hier die Landpreise.

Der Kapitalmarkt trägt meines Erachtens den Hauptteil der Steigerung. Die Schwierigkeiten der Kapitalanlage haben zur vermehrten Nachfrage nach Grund und Boden geführt, denn der Landkauf wird als einzige Rettung gegenüber der Geldentwertung angesehen. Deshalb die hohen Preise, die mit wirtschaftlicher Vernunft nichts mehr gemein haben. Glauben denn diese Herren, dass dies immer so bleiben wird? Eines ist sicher, dass im Falle einer Wirtschaftskrise der Landpreis zuerst sinken wird. Hier ist der Verlust dann grösser als durch die Geldentwertung. Die Preisbekämpfung muss hier ansetzen. Ein gutes Mittel dazu wäre meiner Ansicht nach das Festsetzen von Höchstpreisen.

Im Begehren befindet sich ein Schönheitsfehler, denn der Gemeinde wird das Vorkaufs- und Enteignungsrecht nicht zuge-

billigt. Die wichtigsten Träger der Bodenpolitik fanden wohl keine Erwähnung, weil sie in der Bundesverfassung nicht genannt werden. Es wäre nun Sache der Gesetzgebung, das Enteignungsrecht auch auf die Gemeinden auszudehnen.

Das bestehende Enteignungsrecht wird für Werke, die im öffentlichen Interesse stehen, ausgeübt.

Mit dem Ausdehnen der staatlichen Befugnisse wie es das sozialistische Begehren sieht, könnte meiner Meinung nach der Bodenpreis nicht gesenkt oder auf einer vernünftigen Höhe gehalten werden. Die privaten Konzerne haben oft mehr flüssiges Geld zur Verfügung als es der Staat vor dem Steuernzahler verantworten könnte. Das heisst mit andern Worten: der Staat müsste bei einem Vorkauf auf dem gleichen Preisniveau einsteigen, das die Privaten untereinander abgemacht haben. Wo bleibt hier die Senkung der Preise?

Führen wir das Enteignungsrecht ein, so besitzt die Privatwirtschaft zu wenig Land und der Rest wird ebenfalls zu hohen Preisen verkauft werden. Andererseits bewirkt das Enteignungsrecht doch eine gewisse Schockwirkung, wenn wir zum Beispiel folgendes annehmen:

Der Staat enteignet einem Landkäufer sein Land, das er nach staatlichen Gesichtspunkten zu teuer erworben hat. Als Entschädigung erhält er eine, von der Schätzungskommission festgelegte Summe, die aber wesentlich unter dem Kaufpreis liegt.

Manches Spekulationsgeschäft würde sicher nicht getätigt, da sich aus einem solchen Vorgehen katastrophale Finanzschwierigkeiten ergeben können. Wie steht es dann mit dem Wohnungsbau? Sicher hätten wir zu wenig Wohnungen, denn man bedenke immerhin, dass in den letzten Jahren ca. 80% der Neuwohnungen von privater Hand erstellt wurden.

Die Forderung nach Enteignung lässt sicher auch den Gedanken aufkommen, dass man einem unliebsamen Bauherrn sein Land wegnehmen könnte. Die Sozialdemokraten spekulieren meiner Ansicht nach darauf, dieses Land durch Genossenschaften aufkaufen zu können. Dass damit der kollektivistischen Anschauung der Sozialdemokraten neuer Auftrieb gegeben würde, ist klar.

Vielfach rufen gerade Amtsinhaber am lautesten nach einem Zwangsmittel, weil sie oft mit einer zweifelhaften Handhabung und Auslegung der Bauvorschriften den Bau neuer Wohnungen hintertreiben. Meistens aus Abneigung gegenüber dem Bauherrn

oder aber auch aus Neid und Missgunst gegenüber dem Gemeindeglied.

Sicher ist, dass die Bodenpolitik der Gemeinden durch das Vorkaufs- und Enteignungsrecht stark erleichtert würde. Wie steht es aber mit den Rechten und Freiheiten des Bürgers? Durch die Aufhebung der grundlegenden Freiheiten, die in der Bundesverfassung verankert sind, würde jeder Schweizer von der Gnade der Behörden abhängig. Ich glaube nicht, dass wir den Schutz des Privateigentums und die Vertragsfreiheit aufgeben wollen.

Dieses Vorgehen wäre meiner Ansicht nach der erste Schritt zum Zentralstaat, oder sogar zum Kommunismus.

Gerade auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes und der Bodenpolitik sähe ich einen grossen Wirkungskreis der Industrie. Diese finanzstarken Unternehmen sollten ihren Angestellten billiges Land zur Verfügung stellen. Ebenso Subventionen und Bürgschaften zum Hausbau gewähren.

Der Vorschlag der Sozialdemokraten muss durch einen besseren ersetzt werden. Selbst sie betiteln diese Initiative als ihr Sorgenkind. Deshalb kann ich nicht verstehen, weshalb der Bundesrat dieses Begehren nicht ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung bringt. Den Wahlschlager 1963 wären wir zweifellos los und könnten von Grund auf und unter anderen Voraussetzungen eine bessere Lösung suchen.

Markus Flury v/o Fagus

Die schweizerische Binnenschifffahrt

Die Schweiz ist ein Rohstoffarmes Binnenland. Wir leben zu einem grossen Teil von unserer Industrie, die Rohstoffe importiert und Fertigprodukte exportiert. Ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland kann durch kleinere Transportkosten gefördert werden. Dazu ist die Rhein- und Aareschifffahrt geeignet.

Seinerzeit war auch die Rheinschifffahrt bis Basel sehr umstritten. Sie hat sich aber gut entwickelt und ist für unser Land von grossem Nutzen. Heute kommen mehr als ein Drittel der in die Schweiz eingeführten Waren auf dem Rhein nach Basel. Aber immer mehr steigern sich die Schwierigkeiten für die Verteilung ab Basel. Geld, das durch die billige Fracht per Schiff nach Basel gewonnen wurde, geht durch den teuren Weitertransport mit dem Lastwagen wieder verloren. Die Bahn kann die Beförderung der Ware je länger je weniger bewältigen. Durch die Binnenschifffahrt auf dem Rhein und der Aare würde der Ausgangs-

punkt zum Weitertransport dezentralisiert. Die durch den Bevölkerungszuwachs der Schweiz bedingte Zunahme der Industrie würde sich entlang der schiffbaren Flüsse verteilen. Ballungen der Industrie würde damit unterdrückt, gleichzeitig auch die Verkehrsprobleme, die sich in Industriestädten ergeben. Die Aare-Rheinschiffahrt ist also eine technisch und wirtschaftlich natürliche Lösung, die grossen Vorteile des Flusstransports auszunützen.

Seit den Mannheimerakten aus dem Jahre 1868 ist die Schifffahrt auf dem Rhein bis nach Rotterdam frei. Basel ist die freie Verbindung mit dem Meer zugesichert und diese ist auch ausgebaut. Um aber die Schifffahrt von Basel bis zum Bodensee und bis nach Yverdon zu ermöglichen, ist die Abtreppung des Hochrheins und der Aare nötig, damit die Schiffe kein allzu grosses Gefälle überwinden müssen. Durch den fortgeschrittenen Ausbau der Kraftwerke am Rhein und an der Aare geht die Abtreppung bereits dem Ende entgegen. Am Rhein sind die letzten Stauewehre in Säckingen und Koblenz im Bau. An der Aare werden bald Flumenthal und Neu Bannwil folgen, Bonigen ist projektiert und es fehlt noch Brugg-Lauffohr mit einer Lösung für die Durchfahrt in Brugg. Am Rhein bestehen bereits neun und an der Aare zehn Staustufen. Natürlich müssen die meisten Staustufen noch mit Schleusen ausgerüstet werden. Auch sind Ausbaggerungen und Ueberbefestigungen nötig. Mit der 2. Juragewässerkorrektion, die jetzt noch im Gang ist, hat man wieder ein grosses Stück der Aare auch für die Schifffahrt vorbereitet. Prof. Dr. R. Müller, Direktor der 2. Juragewässerkorrektion, hat sich mit Studien über die Schiffbarmachung des Hochrheins und der Aare befasst. Er rechnet mit Baukosten von ca. 700 Mio. Fr. Dazu sagt er, dass eine kritische Beurteilung der zukünftigen Frachtkosten für Bahn und Strassentransporte die Wirtschaftlichkeit voraussagen lasse. Die Frachtersparnisse werden die Gesamtkosten der Schiffbarmachung jedenfalls decken. Die schweizerische Binnenschifffahrt wird also selbsttragend sein.

Die Subvention des Bundes zum Ausbau der schweizerischen Binnenschifffahrt ist begründet, weil die Schifffahrt zur Bewältigung des zukünftigen Verkehrs beitragen wird. Die Strassen werden bedeutend entlastet, was bei der voraussehbaren Verkehrszunahme angestrebt werden muss. Die Binnenschifffahrt wird der SBB etwa 5% der Gesamtleistung abnehmen. Aber diese 5% werden nicht stark ins Gewicht fallen, denn sie bedeuten für die SBB nur eine vorübergehende Dämpfung der Güterverkehrszunahme.

Bei der Schiffbarmachung des Rheins und der Aare sind keine schwerwiegenden Eingriffe in die Flusslandschaft erforderlich.

Der Bau der Schleusen und die Schifffahrt selber ändern die Flusslandschaft nicht gravierend. Die Schiffbarmachung ist keine Kanalisierung, sie benötigt vorhandene Flüsse und Seen. Häfen und Anlegestellen sind lokale Bauten, die so gut als möglich in die Natur eingepasst werden können.

Man hat vielerorts auch Bedenken wegen der Verschmutzung unserer Flüsse und Seen durch die Schifffahrt. Wenn im Ausland auch die Binnenschifffahrt zur Verschmutzung der Gewässer beiträgt, so ist die Ursache Nachlässigkeit, vor allem in Häfen und bei Anlegestellen. Sogar Schifffahrtstreibende haben dies erkannt und sind bestrebt, mit Vorschriften und technischen Verbesserungen die Binnengewässer reinzuhalten. In der Schweiz soll eine saubere Schifffahrt mit einer strengen Ueberwachung angestrebt werden. Auch vermehrte Verschmutzung durch neu entstehende Industrien entlang der schiffbaren Flüsse kann man vermeiden durch den Bau von guten Anlagen für die Industrieabwasserreinigung. Natürlich müssen solche Fragen durch Abwasserfachleute sorgfältig geprüft werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Schiffbarmachung des Hochrheins und der Aare keine übermässigen Bauvorhaben erfordert. Die Grundlagen sind bekannt, und es wird nur wenig Land beansprucht. Die schweizerische Binnenschifffahrt wird aber für die Entwicklung unseres Landes von grosser Bedeutung sein. Das Ziel, alle Orte am Hochrhein und an der Aare, von Yverdon im Westen bis Rorschach im Osten durch die freie Schifffahrt mit dem Meer zu verbinden, rechtfertigt die Bemühungen um die Verwirklichung der schweizerischen Binnenschifffahrt.

Robert Meyer v/o Storz

Gefährliche und gefährdete Demokratie

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts herrschte noch die Auffassung, die Demokratie sei eine ideale Staatsform. Heute ist man schon skeptischer und sagt nur noch, die Demokratie sei die beste, nicht aber die ideale Staatsform. Wie ist man zu dieser Einschränkung gekommen? Wieso wird unsere Staatsform, die doch so viele Länder (mehr oder weniger! Red.) übernommen haben, oft heftig kritisiert? Diese Frage ist sehr komplex und bietet immer wieder zu vielen Diskussionen Anlass.

Die Demokratie ist ihrer Natur nach eine gefährliche Staatsform, weil sie auf das gesunde Urteil aller Bürger abstellt. Sie verlässt sich auf die Urteilskraft des einzelnen Staatsbürgers, welcher

jedoch manchmal den Anforderungen nicht gerecht werden kann. Das Wohl und Schicksal liegt als zu schwere Last auf seinen Schultern.

Gefährlich für einen demokratischen Staat ist auch der, welcher sich nicht mehr dem Staatswesen verpflichtet fühlt und seine eigenen Interessen über diejenigen des Gemeinwohls stellt. Der Staat kann durch ihn in seinen Existenzgrundlagen erschüttert werden. Dies beweisen die jungen Demokratien Afrikas und Asiens, wo die Menschen noch nicht reif für staatsbürgerliches Denken sind und jeder das tut, was für ihn nützlich ist, für den Staat aber gefährlich und verderblich sein kann. Die Wirren in den erst neulich unabhängig erklärten Staaten Afrikas rühren wohl daher, dass die Demokratie für diese Völker zu rasch gekommen ist, ohne jede Vorbereitung müssen sie nun für ihren Staat sorgen. Sie können Gesetze beschliessen und Beamte wählen: dazu braucht es aber Schulung, Einblick und Ueberblick der Staatsbürger, damit die Demokratie zu einer guten Staatsform werde.

In Afrika sind die einzelnen Bürger dieser grossen Aufgabe nicht gewachsen. Wie steht es nun in der Schweiz damit? Ist das Schweizervolk noch fähig und überhaupt reif, eine echte Demokratie zu tragen, oder ist die Demokratie zum Teil durch die Nichteignung des Schweizer gefährdet?

Ich glaube, wir taugen zur Demokratie. Denn schon seit Jahrhunderten ist der demokratische Gedanke im Volke verankert und das nötige staatsbürgerliche Wissen ist sicher vorhanden. Die Schweizer Abstimmungsgeschichte zeigt, dass der Bürger im allgemeinen ein gesundes Urteil hat.

Das Nachlassen des Verantwortungsbewusstseins, die Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit, die heute viele Schweizer an den Tag legen und die dann zu solchen Fragen führt, sind wohl eine Folge unserer Hochkonjunktur. Da fast alle finanziell gesichert leben können, denken sie nicht daran, dass auch sie Glied eines Ganzen, des Staates, und deshalb auch für ihn verantwortlich sind. Auch in einer wirtschaftlich blühenden Zeit muss jeder am Leben des Staates teilnehmen, denn von nichts kommt bekanntlich nichts. Im Hinblick auf Erziehung und besonders auf Bildung erfüllt sicher fast jeder die Anforderungen, heute vielleicht noch besser denn je zuvor.

Ein weiterer Beweis dafür, dass der Schweizer immer noch dazu geschaffen ist, in einer Demokratie seine Aufgabe getreu zu erfüllen, sind die fünf kleinen Kantone, die bis heute an der

urtümlichsten Form der Demokratie, der Landsgemeinde festgehalten haben. Dort, wo der persönliche Kontakt mit dem Staat nicht durch ein anonymes Verhältnis ersetzt worden ist, lebt noch heute die Freude und das Verlangen nach einem gesunden Staat auf demokratischer Ebene.

Die grösste Gefahr für unsere Demokratie ist die weit verbreitete Gleichgültigkeit der Stimmbürger. Sie sind heute mit ihrer Stimmfaulheit auf dem besten Wege, eine der wichtigsten Wurzeln unserer Demokratie abzutöten. Diese kann bekanntlich nur reibungslos funktionieren und allen Bevölkerungsschichten zum Wohl gereichen solange das ganze Volk daran mitarbeitet. Die erbärmliche Stimmbeteiligung wird es z.B. den Wirtschaftsmagnaten ermöglichen, ihre politischen Ziele zu erreichen oder Abstimmungen zu ihren Gunsten entscheidend zu beeinflussen, da sie zu gegebener Zeit ihre Leute aufbieten, währenddem andere schlafen. Aus dem gleichen Grunde wäre heute ein sogenannter Links-Rutsch möglich. Den Beweis dafür, dass so etwas möglich ist, hat uns Hitler-Deutschland erbracht.

Die klägliche Stimmbeteiligung ist aber nicht nur und nicht in erster Linie bedenklich wegen des einzelnen Abstimmungsergebnisses, sondern als Zeichen der Teilnahmslosigkeit des einzelnen Bürgers dem Staat gegenüber, die parallel dazu verläuft. Besonders im Falle eines neuen Krieges dürfte man bemerken, dass die Kraft der geistigen Landesverteidigung bei vielen Bürgern bedenklich nachgelassen hat; insbesondere deswegen, weil sich der Bürger vorher nicht, oder wenn schon, dann ganz ohne Freude mit dem Staat befasst hat. Es bleibt nur zu hoffen, dass gemeinsame Not alle Abtrünnigen wieder an ihren ursprünglichen Platz zurückrufen würde.

Woher kommt aber die viel diskutierte Stimmfaulheit?

Ich glaube der Grund liegt darin, dass sich der Stimmbürger der grossen Vorteile, die ihm unsere Staatsform bietet, gar nicht mehr bewusst ist und deshalb nicht daran denkt, dass auch er dem Staate etwas schuldig sein könnte. Erst wenn er einige Jahre in einem Staat mit einer andern Regierungsform leben müsste, würde er merken, wie herrlich es ist, als einfacher Bürger, ohne hoher Politiker zu sein, bei allen Fragen und Entscheidungen des Staates mitreden zu dürfen. Denn sicher würde jeder Schweizer murren, wenn ihm von einem Parlament diktiert würde und er, ohne zu mucksen, alles akzeptieren müsste.

Gefährdet ist die Demokratie aber auch, weil sich die Demagogie sehr leicht entfalten kann. Die grosse Masse, die heute

kein Interesse mehr am Staat bekundet, wird zur schlummernden und von einem geschickten Demagogen leicht zu beeinflussenden Masse. Viele Parteien kämpfen mit Scheinargumenten um den Bürger, der den Kern einer Abstimmungsvorlage wegen der Vielfalt und Verwicklung des heutigen Staatslebens nicht mehr versteht, zu gewinnen. Es werden unwahre Schlagworte verbreitet, und der Stimmbürger wird durch eine massive Propaganda beeinflusst. Grosse Verbände, die private Interessen vertreten, ziehen mit hohen Geldsummen grossangelegte Aktionen auf, um auf diese Weise die Meinungsbildung zu lenken. Viele Wähler fallen dieser Propaganda zum Opfer und geben ihre Stimme – ohne es zu merken – nicht für das Staatswohl, sondern zugunsten einer privaten Interessengemeinschaft ab. So können Entscheide getroffen werden, die dem Staat eher schaden als nützen.

Ebenfalls sehr schädlich und in der Schweiz nur allzu gut bekannt ist der lange Amtsweg, oder besser gesagt, die Langsamkeit der Entscheidungen selbst. Besonders gefährlich ist dies für Industrie und Wirtschaft, wo die Demokratie zur Bürokratie und so zu einem unerwünschten Bremsklotz wird.

Weil es uns seit langer Zeit mit unserer Demokratie gut gegangen ist, meinen viele, dieser Erfolg sei einfach mit der Staatsform «Demokratie» verbunden und sei auch weiterhin ein Schutzschild gegen alle Ungemach. Die Demokratie ist also hier insofern gefährlich, als sie den Bürger drohende Gefahren nicht mehr sehen lässt.

Nach all den vielen beängstigenden Punkten drängt sich die rhetorische Frage auf: Wird die Demokratie weiterbestehen? – Rhetorisch? – Ja sicher; denn ich glaube nicht, dass der Schweizer sich in einer andern Staatsform wohler fühlen würde. Jede Staatsform hat ihre Nachteile. Hoffen wir, dass auch für die Zukunft folgender Ausspruch Churchills seine Gültigkeit behält: «Die Demokratie ist eine schlechte Staatsform; jedoch die beste, die ich kenne.»

Rolf Aebersold v/o Strähi

Sie werden mit der nächsten Ausgabe des «Wengianers» nochmals einen Einzahlungsschein bekommen, nachdem bei der letzten irrtümlicherweise nicht zu jedem Heft einer beigelegt wurde. Sollten Sie also noch nicht Gelegenheit zur Zahlung Ihres Jahresbeitrages gehabt haben, tun Sie es mit dem grünen Schein in der nächsten Ausgabe.

Das «helvetische Malaise»

«Wenn in der Schweiz ein Nichtpolitiker über Politik spricht, wird er belächelt und als politisch naiv, als nützlicher Idiot hingestellt . . .», so gesprochen von Friedrich Dürrenmatt in einem Interview (für ex libris zum 1. August '66). Trotzdem habe ich mich zu diesem Artikel entschlossen, weil, wie Dürrenmatt es ausdrückt, «Politik eine Angelegenheit ist, die vor allem die Nichtpolitiker angeht, sie stellen das Hauptkontingent der Opfer der Politik dar». Im folgenden möchte ich einige Ueberlegungen zu den Problemen, die das Thema umfasst, anstellen, und zwar vom Standpunkt des mit praktischer politischer Alltagserfahrung unbelasteten (zukünftigen) Akademikers aus, doch, so hoffe ich, nicht im berühmten «Elfenbeintürmchen» befangen. Ich hoffe, dass es mir gelang, auch als politisch blindes Huhn ab und zu ein Körnchen politische Wahrheit zu finden.

In den letzten Jahren ist im schweizerischen politischen Leben ein neuer Begriff aufgetaucht: Das helvetische Malaise. Ein vielzitiert und doch recht unbestimmter Begriff, der aber eine wichtige Tatsache umschreibt: Klägliche bis katastrophale Stimmbeteiligung, weitgehendes Desinteresse des Stimmbürgers, vor allem der Jugend an der Politik, ein immenser Katalog von unbewältigten innen- und aussenpolitischen Aufgaben, wirtschaftliche Schwierigkeiten haben zum Nachdenken, zum Aufhorchen gezwungen. Es gibt dafür viele Anzeichen! Schriftsteller wie Frisch und Dürrenmatt üben massive Kritik in diesem Sinn, bekannte Politiker geben ihrem Unbehagen und der Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit diesen Problemen und zu Neuerungen Ausdruck. Ständerat Obrecht zum Beispiel möchte mit einer Totalrevision der BV nicht zuletzt (laut Begründung seines Vorstosses) eine Belebung des politischen Lebens erreichen und vor allem der Jugend eine grosse und idealistische Aufgabe zuweisen. Nationalrat Dürrenmatt spricht im gleichen Zusammenhang von einer «Standortsbestimmung unseres Volkes». – Man diskutiert über «das Malaise» unter Politikern, in Studentenkreisen, in der Presse, auf speziellen Tagungen (kürzlich z.B. in Biel durch Schweiz. Vereinigung für Polit. Wissenschaften), nur – was ist bis heute schon geändert worden?

Werfen wir nun mal einen Blick auf unsere innenpolitische Situation. Wir haben die direkte Demokratie, ein wohldurchdachtes und ausgewogenes System, Produkt einer langen Entwicklung, versehen mit einem reichen politischen Instrumentarium. Und wir haben die schwere Aufgabe, dieses Erbe zu verwalten und lebendig zu erhalten – vor allem lebendig zu erhalten. Wir laufen

nämlich heute Gefahr, in der Sicherheit des Altbewährten einzuschlafen, uns in sie zu flüchten vor den auf uns einstürmenden Aufgaben. Nochmals Friedrich Dürrenmatt: «Wir schieben die Zukunft vor uns her!» – Natürlich gehen die Meinungen darüber stark auseinander. So gab es an der obenerwähnten Tagung des Vereins für Polit. Wissenschaften eine starke Gruppe von «Neuerern» (Nat.-Rat Schürmann, Prof. Dominicé Genf, der Staatsrechtler Prof. Kurt Eichenberger Basel), denen «in überraschender Einmütigkeit», wie es im «Bund» hiess, die alt Bundesräte Petitpierre und Weber entgegentraten. Nach deren Meinung ist die Zauberformel eine unantastbare Gegebenheit unserer Zeit, Organisation und Instrumentarium zur Verfügung des Bundesrates genügend; grundsätzliche Neuerungen seien verfehlt . . . Ein solch unflexibles Festhalten am Alten führt eindeutig zum politischen Immobilismus wie er sich heute schon abzeichnet.

Wenn wir die Geschehnisse im neunzehnten und noch anfangs des zwanzigsten Jahrhundert in der Zeit des Auf- und Ausbaues der heutigen Staatsform also, auf der innenpolitischen Bühne unseres Landes betrachten, so fällt uns sofort ihre Dynamik im Vergleich mit heute auf. Dafür sind meiner Ansicht nach zwei Faktoren verantwortlich: Erstens direkte Bedrohung von aussen durch die recht stürmischen Ereignisse in unseren Nachbarländern, zweitens war die Demokratie wenigstens im neunzehnten Jahrhundert noch im Aufbau. Diese beiden «Stimulans» bestehen heute nicht mehr, vielmehr wird unser politisches Leben noch gelähmt durch Gleichgültigkeit und Opportunismus, die sich mit Wohlstand und Hochkonjunktur breitmachen. Politik, politische Ideen und Ideologien scheinen momentan nicht gerade hoch im Kurs zu stehen, etwa nach dem Motto «ein voller Wohlstandsbauch denkt nicht gern». Das zeigt sich übrigens schon darin, dass die einzige Ideologie, die es in der Schweiz, wahrscheinlich überhaupt im ganzen Westen gibt, der Antikommunismus ist, und das ist keine Ideologie. Sollte Friedrich Dürrenmatt tatsächlich ein Stück weit recht haben, wenn er sagt: «Vielleicht kann der Mensch für die Freiheit nur kämpfen, aber, hat er sie einmal erkämpft, nichts Wesentliches mit ihr anfangen»? – Am Anfang dieses Abschnitts habe ich von «lebendig erhalten» gesprochen. Darunter verstehe ich auch die ständige Anpassung und Erneuerung des Staates in vernünftigem Ausmass, natürlich. Solange das Alte rundweg sakrosankt erklärt wird (siehe Weber und Petitpierre), ist das aber nicht möglich. Unsere Politiker sollten wieder den Mut zu Experimenten, zum Wagnis, zum Unkonventionellen haben, was sie allerdings nicht können ohne Unterstützung ihrer Anhänger, d.h. ohne eine aufgeschlossene Haltung des Volkes.

Helvetisches Malaise, das heisst Unbehagen, Missbehagen, aber worüber? Die Zusammensetzung unseres Parlamentes, vor allem des Nationalrates sollte seiner Bestimmung nach etwa der Struktur unseres Volkes entsprechen. Schon längst ist er aber eher ein Spiegel der Behörde, oder, wie Nationalrat Schürmann es nennt «ein Konglomerat oder soziologisches Spiegelbild des Staates.» Man kann sich fragen, wie in einem solchen Parlament die Volksmeinung, sofern man von einer solchen sprechen kann, zum Ausdruck kommen soll. Die Dynamik des Nationalrates, ja unserer Innenpolitik überhaupt leidet auch unter der immer weitergehenden Angleichung der Parteien untereinander; die Unterschiede in ihren Programmen sind heute in der Praxis bedeutungslos geworden. Mit beigetragen zu dieser Angleichung hat sicher die Einführung des Proporzsystems, das sich ja auch in der berühmten Zauberformel des Bundesrates so schlecht auswirkt. Die Demokratie lebt letzten Endes geradezu von der Konfrontation der verschiedenen Meinungen und Standpunkte. Aus dieser Erkenntnis heraus kommt wahrscheinlich auch die in letzter Zeit immer öfter erhobene Forderung nach einer wirksamen politischen Opposition, die sich nicht nur von Tag zu Tag bildet, je nachdem wie es für die Wahlpropaganda günstig ist (z.B. Nationalrat König in Sachen Radio und Fernsehen). Beunruhigend ist zudem die Tatsache, dass es dem einzelnen Parlamentarier durch die rasende Entwicklung der Technik und die Fülle der Aufgaben anerkanntermassen unmöglich ist, den Ueberblick zu behalten. Dazu Nationalrat Dürrenmatt: «Seit einiger Zeit hat man das Gefühl, von den Ereignissen und Problemen überrollt zu werden, im Gegensatz zu früher, wo man sozusagen einen Dringlichkeits-Plan aufstellen konnte (z.B. Katalog der Bundesarbeiten für die Zeit der Krise vor dem Zweiten Weltkrieg)». Im Zusammenhang mit der Mirage-Affäre hat sich gezeigt, dass ein Ausbau der Verwaltungskontrolle, insbesondere die Einführung eines eigentlichen Verwaltungsgerichts dringend nötig wäre. Bis jetzt ist nichts geschehen, eher das Gegenteil. Nochmals Nationalrat Dürrenmatt: «Eine mit zuviel Macht ausgestattete Staatsverwaltung könnte zurückgreifen auf die individuelle Freiheit». Das tut sie meiner Ansicht nach schon heute. Immer wieder gibt es Uebergriffe der Verwaltung aus eigener Machtvollkommenheit, die eindeutig gegen demokratische Grundfreiheiten verstossen. Beispiele: In Solothurn wird bei einem Studenten, der sich für einen Vortrag kommunistisches Propagandamaterial kommen liess, eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Solothurner, die an einer Dienstverweigererdemonstration in Kerzers dabei waren, werden «überprüft», d.h. zum Verhör zitiert! Natürlich sind das Bagatellen, aber hier zeigen sich Anzeichen einer Bürokratisierung,

die bekämpft werden muss. Friedrich Dürrenmatt: «Ich kann mir vorstellen, dass im Anwachsen der Bürokratie der Sprengstoff der Zukunft liegt.» Es ist erschreckend, wie wenig oft der «Mann auf der Strasse» über seine Rechte und Möglichkeiten des Vorgehens gegen Uebergriffe und Ungerechtigkeiten weiss; man lese nur einmal den Beobachter. Aber auch durch die Tendenz, dem Staat immer mehr Soziallasten, überhaupt Aufgaben zu überbürden, leisten wir selbst der Bürokratisierung Vorschub und begeben uns in zunehmende direkte Abhängigkeit. Man sollte nie vergessen, dass persönliche Freiheit nur durch persönliche Verantwortung und persönliches Risiko möglich ist. Allerdings ist die Uebernahme von Aufgaben auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet durch den Staat teilweise einfach durch gesellschaftliche und wirtschaftliche Umformungen erzwungen.

Im Zusammenhang mit dem «helvetischen Malaise» wäre es interessant, auch die Einstellung des Schweizer zum Staat ein wenig zu beleuchten. In dieser Beziehung ist der Durchschnittsschweizer irgendwie schizophren: Einerseits kann er als Stimmbürger aktiv in die Politik eingreifen, andererseits fühlt er sich wieder als Passivbürger einer anonymen Macht gegenüber (als Steuerzahler usw.), wobei er stark zum zweiten tendiert. Der Staat als anonyme Macht. Vielleicht müsste man so vorgehen wie das der «Beobachter» kürzlich tat, indem er ausrechnete, dass jeder Steuerzahler jährlich vier Kilo Mirage finanziert.?! Möglich, dass dann jeder einsehen würde, dass der Staat vom Einsatz jedes Einzelnen abhängt, dass Staat nicht an sich ist oder besteht, sondern geschieht. Unsere Staatsform braucht (glücklicherweise) Menschen von «Sachkenntnis, kritischer Selbständigkeit und sozialer Verhaltensweise» («herausgegriffen» Febr. '66). Man muss sich besonders heute immer wieder fragen, ob wir Schweizer das von uns noch behaupten können.

Unser «Malaise» hat aber nicht nur einen politischen und soziologischen, sondern auch einen wirtschaftlichen Aspekt. Ich möchte nur die Konjunkturdämpfungsmassnahmen erwähnen: Obschon man vor einigen Jahren schon die mit einem unbeschränkten Zuzug von Fremdarbeitern, mit der unbeschränkten Einfuhr von ausländischem Kapital, mit den unkontrollierten Investitionen zusammenhängenden Gefahren, das heisst die Gefahr der Konjunkturüberhitzung erkannt hatte, brauchte es das direkte Eingreifen des Staates bevor etwas geschah. Diese umstrittenen, eigentlich dirigistischen Massnahmen haben sich inzwischen als richtig erwiesen, aber die «Krise der Freiwilligkeit» ist noch nicht überbrückt. Bereits ist die Bodenrechtsinitiative hängig, die neue Eingriffe in die freie Marktwirtschaft fordert. Wir

werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit zu entscheiden haben zwischen Selbstdisziplin und Selbstkontrolle einerseits und staatlichen Zwang und Dirigismus andererseits, und zwar jeder: Masshalten fängt dort an, wo der Arbeitnehmer weniger arbeiten will für mehr Lohn. Der französische Finanzminister Michel Debré schrieb in seinem letzten Buch (laut «SZ»): «dass die Steigerung der Löhne mit Abstand der Steigerung der Produktion zu folgen habe, um Investitionen und Preissenkungen zu ermöglichen». Seit Jahren geschieht im Westen, also auch in der Schweiz genau das Gegenteil. Es ist ein kleiner Trost, dass andere westliche Länder mit den gleichen Schwierigkeiten kämpfen: Präsident Johnson propagiert den Begriff der «grossen Gesellschaft», und appelliert damit an die Selbstdisziplin der Amerikaner (ich erinnere an die «Sträusse» mit den Gewerkschaften, der Stahlindustrie), Exbundeskanzler Erhard versuchte etwas Ähnliches mit seiner «freien Gesellschaft», die auch auf dem Prinzip der Freiwilligkeit gründet. In England musste Premier Wilson nach der Krise vom letzten Jahr weitgehend staatlichen Dirigismus einführen und den Gürtel enger schnallen. Dazu der jetzige deutsche Finanzminister Strauss: «Der Konsumverzicht von heute ist das notwendige Opfer für die Erreichung der Ziele von morgen». – Kürzlich habe ich etwas gelesen, das mich sehr nachdenklich stimmte. Es war da die Rede von einer Fernsehsendung in der ein Grossindustrieller an einer Versammlung von Unternehmern, Gewerkschaftsführern und Arbeitern sagte: «In der Industrie kann es keine Demokratie geben». Es widersprach ihm niemand. Welche Aussichten in einer Zeit, wo die Wirtschaft respektive die Industrie immer mehr Einfluss auf die Politik gewinnt und wo die ganze Gesellschaftsstruktur durch die Industrie bestimmt wird!

Ich habe mit einem Zitat von Friedrich Dürrenmatt angefangen und möchte mit einem Zitat von ihm aufhören, das sehr gut auf meine Ausführungen passt: «Jede Kritik treibt die Tendenzen ihrer Zeit ins Extreme, führt sie ad absurdum, übertreibt, muss übertreiben. Keine Zeit ist an sich nur negativ; hinter der heutigen Schweiz verbirgt sich viel anständige, politische und verwaltungstechnische Arbeit; gefährliche Tendenzen machen sich bemerkbarer als nützliche; die bewältigte Seite unserer Gegenwart wird zur Selbstverständlichkeit, die man nicht mehr beachtet».

Martin Selz v/o Schliff CR

Wir beim «Wengianer» haben immer wieder Schwierigkeiten mit den Adressen. Wenn Sie von einer Adressänderung oder von

einer Unregelmässigkeit in der Zustellung unter Wengianern hören, sorgen Sie doch bitte dafür, dass auch wir es zu wissen bekommen.

Indonesien 67

Rund eineinhalb Jahre sind es her seit dem misslungenen kommunistischen Umsturzversuch in Indonesien, und immer noch ist nicht völlige Ruhe in dieses Land zurückgekehrt. Erst heute kann man sich ein genaueres Bild über die damaligen Ereignisse machen. Gleichwohl bleiben noch ganze Fragenkomplexe unbeantwortet. So weiss man heute noch nicht genau, welche Rolle Präsident Sukarno im Umsturzversuch gespielt hat, und warum die Kommunisten gerade die Form des Umsturzes gewählt hatten, um die Macht an sich zu reißen, obschon alles dafür sprach, dass die Kommunisten innert kürzester Zeit die Macht gewaltlos in die Hände bekommen würden.

Die kommunistische Partei Indonesiens (PKI) ist neben derjenigen Chinas eine der mächtigsten und ältesten in ganz Asien. Dies wird um so deutlicher wenn man bedenkt, dass sie 3 Millionen Parteigänger und zudem 20 Millionen Mitglieder von kommunistischen Organisationen zählt in einem Staat, dessen Gesamtbevölkerung ungefähr 95 Millionen Einwohner beträgt. Diese Zahlen werden noch eindrücklicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Kommunisten bereits 1948 einen Umsturzversuch lancierten, der aber ebenfalls fehlschlug und die kommunistische Partei ausserordentlich schwächte. Der indonesische Kommunismus unterscheidet sich vom traditionellen Kommunismus. Die indonesischen Kommunisten befolgen eine Dreieinigkeitspolitik, die nationalistische, religiöse und kommunistische Elemente im Gleichgewicht zu halten versucht. Dies sagte ihr Führer Aidit mit folgenden Worten selbst: «Wir bleiben Kommunisten, zeigen uns aber tolerant gegenüber nationalistischen und religiösen Gefühlen.» Diese Politik wurde ebenfalls von Präsident Sukarno befolgt.

Noch im Sommer 1965 schienen alle Anzeichen darauf hinzudeuten, dass der PKI die Macht sowohl mühe- als auch gewaltlos in den Schoss fallen würde. Die kommunistische Partei schwenkte im Meinungsstreit zwischen Moskau und Peking immer mehr auf chinesische Seite über, und Präsident Sukarno gab den Forderungen der PKI immer mehr nach. Durch die Konfrontationspolitik gegenüber Malaysia, durch seine antiamerikanische

Haltung und durch den Austritt aus der UNO legte Sukarno den Grundstein für eine enge Allianz mit Peking. Für China war Indonesien aus rein strategischen Überlegungen heraus interessant. Bot es doch die ideale Möglichkeit die amerikanischen Positionen in Laos, Vietnam, Thailand und auf Formosa auf den Flanken zu umgehen und von Süden her aufzurollen. Die Forderungen der Kommunisten gingen immer weiter: Aidit verlangte bei der Regierung, unterstützt vom chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-Lai und vom indonesischen Luftwaffenkommandanten Dani, die Erlaubnis zur Aufstellung von bewaffneten Bauern- und Arbeiterverbänden. (Diese Bildung von treuergebenen Kampftruppen konnte man in jüngster Vergangenheit bei jedem kommunistischen Umsturzversuch feststellen.) Diese Truppe hätte angeblich die Aufgabe erhalten sollen, die neokolonialistischen Feinde fernzuhalten. Das Vorgehen der PKI führte sie in einen immer schärferen Gegensatz zur rechtsstehenden Armee und zu den Studenten. Dass der Putschversuch ausgelöst wurde glaubt man heute allgemein auf den wachsenden Druck, dem sich die Kommunisten immer mehr ausgesetzt sahen, zurückführen zu können.

Der Umsturzversuch an und für sich ist wohl am Überleben der beiden Generäle Nasution und Suharto gescheitert. Er wurde am 1. Oktober 1965 unter der Führung des Kommandanten des Präsidentenpalastes ausgelöst. Bei dem Putsch handelte es sich um eine gegen die Armeeführung gerichtete und auf die Regierungszentrale beschränkte Bewegung. Durch ihn sollte die bereits weit fortgeschrittene Evolution in Richtung einer kommunistischen Machtergreifung gesichert werden. Es steht jedoch fest, dass die Kommunisten keinen Aufruhr anzetteln wollten, der die ganze Volksmasse umfasst hätte. Nirgends gingen die Kommunisten zu systematischen Terroraktionen über. Es muss gesagt werden, dass die Armee und fanatische Moslemgruppen zum grausamen und blutigen sogenannten Gegenterror und zur Massentötung der Kommunisten aufriefen. Durch ein solches Vorgehen erfuhren die historischen Gegebenheiten eine arge Verzerrung. Die Armee setzte Schauernmärchen von kommunistischen Konzentrationslagern, von kommunistischen Tötungslisten und anderes mehr in die ohnehin leicht- und abergläubische Welt Indonesiens. Bei fast allen Massakern spielte die Armee die anstiftende Rolle. Die Militärs stellten zivile Hinrichtungskommandos auf, die sich zumeist aus Jugendlichen rekrutierten. Es ist kaum verwunderlich dass in einer solchen Atmosphäre, in der die Massentötung von offizieller Seite gefördert wurde, schliesslich auch rein private, soziale und rassische Ausschreitungen um sich griffen, die mit antikomunistischer Zielsetzung nichts mehr zu tun hatten. Die Zahl der

getöteten Kommunisten und PKI-Sympathisanten wird mit 300 000 – 500 000 Menschen angegeben. Zudem sollen sich rund 150 000 in den überfüllten Gefängnissen und Konzentrationslagern aufhalten. Es besteht keine gerichtliche Organisation und kein gerichtliches Verfahren für die Aburteilung dieser inhaftierten Massen. Weil die Gefängnisse von den Gemeinden selber finanziert werden müssen, werden nur minimale Mittel für den Unterhalt der Gefangenen aufgewendet. Was dies praktisch bedeutet kann man sich leicht selber vorstellen.

Nach dem missglückten Putschversuch entpuppte sich immer mehr der Kommandant der indonesischen Armee, General Suharto als der zukünftige starke Mann. Präsident Sukarno wurde immer stärker in den Hintergrund gerückt. So wurde ihm z.B. im Sommer 1966 der Titel «lebenslänglicher Präsident Indonesiens» vom Volkskongress entzogen. Bis zu den im Frühjahr 1968 angesetzten allgemeinen Wahlen dürfte er sein Präsidentenamt noch beibehalten. Die Antwort auf die Frage, weshalb Sukarno mit der Neuordnung nicht gleich von der politischen Bühne weggeschwicht wurde: Einerseits seine grosse Volkstümlichkeit (die er noch vom indonesischen Unabhängigkeitskampf gegen die Holländer her geniesst), andererseits aber auch seine grosse Persönlichkeit. Die Mentalität der Indonesier ist in grossem Gegensatz zu unserem Ausschlusslichkeitsdenken (entweder – oder). Aus der Zeitung konnte ich entnehmen, dass ein indonesischer Politiker auf die Frage eines westlichen Journalisten nach der Problematik des Bleibens von Sukarno bezeichnenderweise antwortete: «Sie müssen verstehen, bei uns schafft man Personen, die sich einmal bewährt haben, nicht einfach ab. Im Ausnahmefall lässt man sie einfach allmählich verblassen, ohne sie aber brutal und respektlos, wie in der europäischen oder amerikanischen Politik, von der Bühne zu stossen.» Eine solche Politik des Verblassens verfolgt General Suharto gegenüber Präsident Sukarno. Das Vermeiden offener Auseinandersetzungen, das stets Freundlich-Sein, all diese typischen Verhaltensregeln gehören für Suharto zu den politischen und menschlichen Umgangsformen. Suharto hat bis vor kurzer Zeit Sukarno stets als gesetzmässigen Präsidenten nach aussen hin respektiert. Dieser Respekt beruht nicht nur auf politischen Nützlichkeitsabwägungen, sondern ist eben so stark in der indonesischen Mentalität verankert.

¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿ ¿

General Suharto gewann immer mehr Macht. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, dass er die Beendigung der Konfrontationspolitik gegenüber Malaysia, trotz starkem Widerstand seitens Sukarno, durchsetzen konnte. Suharto hat jedoch nicht die Absicht einen Staat mit fester Militärregierung aufzubauen. Er will die Macht nur bis zu den nächsten allgemeinen Wahlen im Jahre 1968 ausüben. Er betrachtet die Armee nur als Ersatzmittel für die zur Zeit funktionsunfähigen Körperschaften. Um bis zu den Neuwahlen 68 möglichst günstige Voraussetzungen zu schaffen, führte er in seiner Armee eine Säuberungsaktion gegen armeefeindliche Elemente durch. Die linksgerichteten oder zu Sukarno neigenden Kommandanten bis zur Bataillonsstufe hinunter wurden aus der Armee entfernt, indem sie auf Botschafterposten oder auf die Militärbürokratie abgeschoben wurden. Weiter wurden ganze Truppenkörper ideologisch umgeschult. Die Reibungslosigkeit, mit der diese Säuberungen durchgeführt wurden, ist ein Beweis für die Stärke und die Fähigkeiten von General Suharto.

Die Aufgabe, Indonesien auf einen neuen wirtschaftlichen Kurs zu bringen, stellt an die Uebergangsregierung Suharto gewaltige Anforderungen, da noch immer wirtschaftlich mächtige, sukarnofreundliche Interessengruppen Widerstand leisten. Erste und dringendste Aufgabe Indonesiens ist es, die wirtschaftliche Lage des Landes zu stabilisieren und zu rehabilitieren. Wie Aussenminister Malik feststellte, ist dies nur mit Hilfe des Auslandes möglich. Das Vertrauen des Auslandes zu Indonesien wurde aber durch die machtlüsterne und engstirnige Politik Sukarnos stark geschwächt, hat doch Indonesien heute noch Schulden im Ausland von über 2 Milliarden Dollar. Andererseits kann man heute feststellen dass Indonesien willig ist, das Seinige zur Behebung der weltweiten Vertrauenskrise beizutragen, indem es die Konfrontationspolitik gegenüber Malaysia aufgab und ein Wiederaufnahmegesuch an die UNO stellte. Weiter sollen zur Inflationsbekämpfung die Steuern erhöht worden sein, die Staatsausgaben mit der Zeit gesenkt werden. Ueberall strebt Indonesien in Richtung Stabilität. Die Regierung Suharto versucht auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu normalisieren, obschon sie mit den Bombardierungen Nordvietnams nicht einverstanden ist. Aussenminister Malik erklärte hiezu: «Trotz Vietnam gibt es zwischen Indonesien und den Vereinigten Staaten keine grundlegenden Konflikte mehr, und gerade wegen Vietnam sind die USA und Indonesien durch ein gemeinsames Interesse, nämlich durch das Interesse an der Sicherheit Südostasiens verbunden.»

Die Indonesier sind heute offensichtlich stolz, dass sie mit dem kommunistischen Umsturzversuch selber fertig geworden

? ? ? ? ? ? ? ? ? ? ? ? ? ? ?

sind. Ob aber die Männer an der Spitze dieses neuen und stolzen Indonesien den sich ihnen stellenden wirtschaftlichen, sozialen und neuen politischen Fragen gewachsen sein werden, wird sich in nächster Zukunft zeigen.

Hans Schluep v/o Ramm

?	Wann?	am 24. Juni	?
?	Was?	Ein rauschendes Sommernachtsfest	?
?	Wo?	Im Bad Attisholz	?
?	Dieses Fest kann und darf man unmöglich verpassen;		?
?	Sie rahmen das Datum am besten heute schon rot ein!		?
?			?

Alle Jahre wieder

Alle Jahre wieder legen die Spe-Füchse um diese Zeit der Aktivitas ihre Aufnahmegesuche vor. Und alle Jahre scheint es diesen und jenen Lappländer, Donnerskärli und Frechling zu geben, der diesem Thema nicht den ihm gebührenden Ernst zukommen lässt und sich mit seiner Schreibe einen Ulk erlaubt. So stand denn der hochwohlhlöbliche BC auch diesmal gerade in zwei Fällen vor der Gewissensfrage, ob man lachen dürfe oder das anmassende Subjekt in die Schranken weisen müsse. Nach längeren Beratungen entschied man sich fürs erste, darüber hinaus für die ausschnittweise Veröffentlichung der Elaborate zwecks Abschreckung . . .

«Zum Schluss möchte ich Ihnen noch ein paar kurze Angaben aus meinem Curriculum Vitae geben.

Ich zweifle, soll ich mich grämen oder freu'n?
Im Jahre tausendneunhundert vierzig und neun,
Im fünften Monat, neunundzwanzigster Tag,
Als Sohn meines Vaters, hört man die Sag',
Sei ich geboren, mit Mühe erzogen,
Mit Flaschen getränkt und tüchtig gewogen.
Und hat auch die Mühe nicht sehr viel genützt,
So hat man mich dennoch zur Schule geschickt.
Im Dorf an der Aare, in dem Feldbrunnen,
Da lernte ich lesen, schreiben und turnen.
Vom Lehrer dem weisen, hört Vater empört,
Der Sohn in der Schule den Unterricht stört.
Und war ich dann endlich von dieser befreit,
Schon gab es von neuem enorme Arbeit.
Weil ich gerne am Zählrahmen gehockt,
Hatte mich sehr die Realschule gelockt.
Nun hab ich semesterlang schon gedöst,
Dem sich plagenden Lehrer kaum zugehört.
Man gibt sich Mühe mich zu zwingen,
Brüche auf einen Nenner zu bringen.
Doch alles ist gut wenn man nur weiss,
Der Radius geht bis ins Zentrum des Kreis'. »

«Höchstgeschätzte, hochverehelichte, hochvolllößliche Aktivitas!

Merkmale:	grosser Mund wie ein Hund
Hobbys:	den Schlund am Spund, Kunigund und Schund
Zustand: laut ärztlichem Befund:	am . . . wund sonst gesund
Weiteres:	beim Vormund»

Lysa

Josef Gschwind v/o Leist

1878–1966

Am 5. Dezember des vergangenen Jahres ist in Zürich unser AH Josef Gschwind v/o Leist im 89. Lebensjahr gestorben.

Josef Gschwind erblickte das Licht der Welt am 12. Oktober 1878 in Lommiswil bei Solothurn. In der ländlichen Stille verbrachte er zusammen mit einer Schwester und drei Brüdern eine glückliche Jugendzeit. In den Jahren 1892–1898 besuchte er die Kantonsschule in Solothurn und schloss sie mit der Realmatur erfolgreich ab. Wie seine drei Brüder trat er der damals noch relativ jungen Wengia bei. Er war ein flotter und gerngesehener Aktiver (1896–1898), der weder Schul- noch Verbindungspflichten vernachlässigte, was übrigens sein Cerevis ja andeutet. Dass die Wengia ihm vieles auf seinen Lebensweg mitgegeben hat, zeigt sich sicher darin, dass zwei seiner Söhne, die die Kantonsschule besuchten, ebenfalls das grün-rot-grüne Band tragen durften.

Nach der Matur erwarb er sich an der Hochschule das Bezirkslehrerpatent. Seine erste Stelle versah er als Mathematiklehrer an «seiner» Kanti in Solothurn. Später wirkte er an einer Privatschule in Lausanne. Hierauf unterrichtete er im Institut Dr. Schmidt auf dem Rosenberg in St. Gallen, wo er seine spätere Gattin, eine Tochter des Institutsdirektors kennenlernte, mit der er am 31. März 1917 in Bern die Ehe schloss. Zu dieser Zeit verliess er den Schuldienst, zog von Ostermundigen bei Bern nach Aarau und wurde Versicherungsinspektor bei der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Nach seiner Pensionierung

übersiedelte er nach Zürich, erteilte aushilfsweise wieder Mathematikunterricht und Privatstunden.



Am 21. Juli des letzten Jahres musste seine Gemahlin ins Krankenhaus Neumünster eingeliefert werden. Gleichzeitig trat er ins Krankenhaus Vogelsang ein, da sich bei ihm seit einiger Zeit Altersbeschwerden einstellten. Schon am 10. September starb seine langjährige Lebensgefährtin. Am 5. Dezember, zu Beginn der Adventszeit, folgte er seiner Gattin im Tode nach.

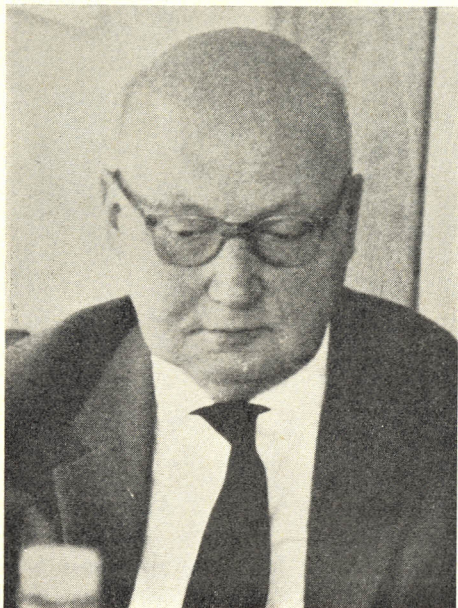
Den Familien des Verstorbenen, vorab seinen drei Söhnen, gebührt unsere herzliche Anteilnahme.

CR

Werner Steiner-Stalder, Adjunkt

Mitten in der Adventszeit wurde in einer schlichten Abschiedsfeier in der Franziskanerkirche von Werner Steiner, der im Alter von 67 Jahren an einem heimtückischen Leiden verstor-

ben ist, für immer Abschied genommen, nachdem es schon lange um den einsamen Mann still geworden war. Werner Steiner wur-



de im 23. Februar 1900 in Trimbach geboren, wo sein Vater Lehrer war. 1902 siedelte die Familie nach Solothurn über, wo der Knabe im Stadtgarten heranwuchs, die Primarschulen und hernach das Gymnasium der hiesigen Kantonsschule besuchte. Wohl eine der angenehmsten Erinnerungen in dem an Freuden karg bemessenen Leben unseres Couleurbruders «Flamm» dürfte das studentische Treiben in der «Wengia» gewesen sein. Doch wer hätte damals ahnen können, dass in diesem gesunden, kraftstrotzenden und strebsamen jungen Mann mit seinen lebhaften Augen schon der Keim einer schleichenden Krankheit gelegt war! Leider wurden kurz vor der Maturitätsprüfung das erste Mal Symptome dieser Krankheit festgestellt, die aufzeigten, welch schweres Los des Leidens und Entsagens dem jungen Menschen auferlegt war, das mit einem ständig drohenden Ausbruch die Lebensbahn dieses Menschen überschattete. Neueste Heilmittel und psychotherapeutische Methoden machten es möglich, den Patienten soweit wieder herzustellen, dass er seinem Arbeitsplatz und seiner Familie erhalten werden konnte bis ins Alter. Werner Steiner begann das Studium der Jurisprudenz an den Universitäten in Ba-

sel und in Lausanne, doch zwangen ihn neue Rückfälle zum Verzicht auf eine Laufbahn, die dank seiner geistigen Fähigkeiten zu grossen Zielen hätten führen können. Zuerst in der Amtschreiberei Kriegstetten, später in der Amtschreiberei Lebern diente er dem Staate mehr als 30 Jahre als gewissenhafter, zuverlässiger und fleissiger Adjunkt und Handelsregisterführer bis zu seiner vor zwei Jahren erfolgten Pensionierung. Immer mehr zog sich Werner Steiner in die Isolierung zurück, und es wurde immer stiller um den einstigen Klassenkameraden und Wengianer. In familiärer Abgeschiedenheit verbrachte er seine Jahre, wo seine tapfere Frau mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand eine aufopfernde und verständnisvolle Pflegerin war. Der Ehe mit Frieda Stalder entsprossen ein Sohn und eine Tochter. Leider musste er den frühen Tod seines hoffnungsvollen Sohnes, der Lehrer geworden war, erleben, was für ihn einen nahezu unüberwindlichen Schlag bedeutete. Mit Werner Steiner ist ein Mensch von uns gegangen, der auch in seinen glücklichen Tagen mit sich rang und sein schweres Leiden so ertrug, wie keiner von uns weiss, ob wir es gleich bestehen würden.

Hermann Uhlmann v/o Frank

Verdankungen

Zum Andenken an ihren unvergesslichen Leist schickte uns die Trauerfamilie Gschwind 100 Franken. Dafür danken wir recht herzlich und wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Zur Erinnerung an ihren Gatten überreichte Frau Steiner unserer FC-Kasse 20 Franken. Recht herzlichen Dank. Unser Couleurbruder Flamm wird für uns unvergesslich bleiben.

Gratulationen

AH Dr. E. Stuber v/o Hiob wurde zum Präsidenten der Rektorenkonferenz der Kantonsschule Solothurn gewählt. Wir gratulieren von Herzen. Möge er in seinem neuen Amt erfolgreich sein.

Wir freuen uns, dass wir gleichzeitig auch AH Dr. H. R. Breitenbach, ebenfalls an der Kantonsschule, zur Wahl als Rektor des Gymnasiums gratulieren können. Alles Gute und viel Erfolg!

Unser AH Leo Weber v/o Dachs darf sich 91 froher Lebensjahre erfreuen. Wir gratulieren recht herzlich und wünschen weiterhin frohe Tage.

AH Herbert Gresly v/o Puls durfte seinen 80. Geburtstag feiern. Auch ihm wünschen wir alles Gute.

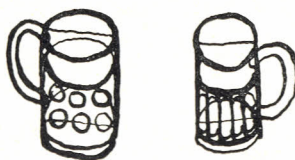
AH Jakob Eichenberger v/o Rüebli hat 75 Jahre seines Erdenbürgertums zurückgelegt. Auf seinem weiteren Lebensweg möge ihm alles Gute beschieden sein.

Zum 70. Geburtstag dürfen wir AH Werner Schürch v/o Bläich gratulieren.

AH AH Max Nussbaumer v/o Mutz und Josef Kaeser v/o Riegel haben 65 frohe Lebensjahre hinter sich gebracht. Möge ihnen auch weiterhin viel Gutes beschieden sein.

Die AHAH Reymond Jutzi v/o Wicht, August Amiet v/o Prass, Hans Furrer v/o Forst, Willy Bloch v/o Tramp, Werner Winstörfer v/o Glatz traten ins 60. Lebensjahr. Wir gratulieren recht herzlich.

Ein halbes Jahrhundert Erdenbürgertums haben die AHAH Heini Merz v/o Schwarm, Bernhard Ulrich v/o Rempel, Georg Anner v/o Hindu, Kurt Stauber v/o Strick, Urs Moll v/o Bänz, Paul Bader v/o Uhu und Armin Jeger v/o Flatter zurückgelegt. Möge ihnen auch in der zweiten Lebenshälfte viel Glück und Segen beschieden sein.



Angenehme Mitteilungen

AH Dr. Otto Allemann v/o Basti konnte seinen 80. Geburtstag feiern. Zu diesem Anlass bereicherte er unsere Kasse um 50 Franken. Recht herzlichen Dank. Wir wünschen dem Jubilar weiterhin Wohlergehen.

Die AH AH Dr. R. Ulrich v/o Schnabu, Alphonse Ammann v/o Sprung und Karl Jäggi v/o Lava feierten ihren 60. Geburtstag. Daher überreichten sie unserem Quästor eine Gabe. Die Spenden seien herzlich verdankt.

Anlässlich des 50. Geburtstages sandten uns die AH AH Dr. E. Jaggi v/o Biber, G. Bircher v/o Gripp und A. Perucchi v/o Lento je 50 Franken. Wir gratulieren und wünschen weiterhin viele glückliche Stunden.

Die AH AH A. Lüthi v/o Schwarte und R. Jaeggi v/o Wotan kündigten die Geburt ihrer Töchter mit je 20 Franken an. Wir gratulieren den beiden stolzen Vätern und danken.

Die AH AH K. Neuhaus v/o Geck, T. Bloch v/o Kick und R. Siegrist v/o Spargle haben sich vermählt. Aus grosser Freude über diesen Anlass überreichten sie uns einen Zustupf für die Kasse. Wir danken von Herzen und wünschen den neuvermählten Paaren alles Gute auf ihrem weiteren Lebensweg.

AH R. Diethelm v/o Flaus erlabte unsere ausgetrockneten Kehlen anlässlich eines Stammes mit einer Kiste Bier. Auch ihm sprechen wir den besten Dank aus.

Letztes Jahr wurde anlässlich des Kantifestes die «Vereinigung ehemaliger Schüler der Kantonsschule» gegründet. (Artikel im «Wengianer» Nr. 4/5/6 1966). Noch wissen aber nicht alle Ehemaligen um das Bestehen einer solchen Vereinigung, weil man sie mangels Adressen nicht erreichen kann. Sorgen doch auch Sie dafür, dass Ihre Schulkameradinnen und -Kameraden von der Vereinigung erfahren.

Beitritt: Beiliegendes Beitrittsgesuch an den Kassier, unsern Altherrn

Herrn Robert Buxtorf (v/o Runggler)
Privatstrasse
4563 **Gerlafingen**

schicken (auch für Auskünfte kann man sich an ihn wenden!)

TODES-ANZEIGE

Es ist unsere schmerzliche Pflicht, allen Wengianern
vom Tode zweier lieber Couleurbrüder Kenntnis
zu geben

Johann Schär v/o Nathan

aktiv 1928/29

Oskar Schenker v/o Trumpf

aktiv 1910/11

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

Der Vorstand der Alt-Wengia

Adressänderungen

Bader Paul, Kaufmann, v/o Uhu, Hölzliweg 6, 3047 Bremgarten

Bloch Peter, Dr. sc. tech., v/o Lento, 318 Belvedere,

8969 Mutschellen

Bloch Tristan, v/o Kick, Beundegasse 28, 3250 Lyss

Bünzli Charles, v/o Stöck, 10 Avenue du Lignon, 1211 Aire

Präsident der Alt-Wengia: Dr. **Max Witmer** v/o Wipp

Praxis: Hauptbahnhofstr. 10, 4500 Solothurn

Tel. (065) 2 29 78

Privat: Rüttenenstrasse, 4513 Langendorf

Tel. (065) 2 99 70

Chefredaktor: **Martin Selz** v/o Schliff, Wallierenweg 603, 4512 Bellach

1. Subredaktor: **Chr. Brandenberger** v/o Schnapp, Weingartenstrasse 40,
4600 Olten

Aktuar (Aktiv-Wengia): **Peter Bönzli** v/o Jux, 4571 Lüterkofen

Adressänderungen bitte direkt an den **CR!**

Druck: Zepfel'sche Buchdruckerei Solothurn, Rathausgasse 10